

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Grüne: Keine Zustimmung zu neuer Autobahntrasse!

Themen in dieser Ausgabe:

- Ausbau der Bundesautobahn 52
- Filmstart von „The Day After Tomorrow“
- Das Zuwanderungsgesetz
- Veranstaltungskalender

In dieser Ausgabe:

Grüne: Keine Zustimmung zu neuer Autobahntrasse	1
Grüne fordern freien Zugang zu A52-Plänen	2
„The Day After Tomorrow“	2
Zuwanderungsgesetz ist auf dem Weg	3
Gladbecker Terminkalender	4
Impressum	4
Kontaktadressen	4

[26.05.04] Auf Anregung der BIG und mit Unterstützung von Teilen der Initiative gegen die A52 untersucht der Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Zeit neben diversen Varianten zum Ausbau der B224 zur A52 auch die eines Neubaus durch die "Heege". Dieses Planspiel wird von den Gladbecker GRÜNEN mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Nach dieser Vorstellung soll die A52 vom heutigen Ausbauende in Buer auf einer völlig neuen Trasse zwischen Gelsenkirchen und Gladbeck zur A2 geführt werden. Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, hat hierfür nicht das geringste Verständnis: "Uns ist schleierhaft, weshalb eine solche Schnapsidee ernsthaft verfolgt wird: Das Landschaftsschutzgebiet zwischen Gladbeck und Buer würde zerstört, bislang ruhige Wohngebiete im östlichen Buetendorf verlärmte und für die Innenstadt wäre nichts gewonnen. Die bestehende B224 würde ja nicht zugeschüttet, sondern bliebe als willkommene Abkürzung bestehen."

Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann verweist darauf, dass die unverzichtbaren Forderungen an einen Ausbau bislang von der Gladbecker Politik einvernehmlich getragen wurden: "Jeder weiß inzwischen, dass für die Stadt Gladbeck eine Aufstufung der B224 nur akzeptabel ist, wenn diese gleichzeitig im Innen-



Eine unverzichtbare Forderung von Rat und Stadtverwaltung an einen Autobahnausbau ist ein Deckel bzw. Tunnel im Innenstadtbereich.

stadtbereich abgedeckt und die Stadt akzeptable Anschlussstellen, auch für den Gewerbepark Brauck, erhält. Die Variante eines Neubaus durch die Heege ist von diesem Konsens nicht gedeckt

„Uns ist schleierhaft, wie eine solche Schnapsidee überhaupt ernsthaft verfolgt werden kann!“

und würde von uns Grünen mit aller Kraft bekämpft!"

Vielen Gladbeckern ist die "Heege" durch das diesjährige Volksradfahren bekannt. Teile von dessen Route führten durch diese "Grüne Lunge". Mario Herrmann: "Gladbeck ist umringt und zerschnitten von

Autobahnen und autobahnähnlichen Straßen. Kein vernünftiger Mensch kann da den Bau einer weiteren zusätzlichen Trasse unterstützen. Wir hoffen, dass die Gladbecker Bürgerinnen den Vertretern dieser Idee das deutlich klar machen werden!"

Die Stadt Gelsenkirchen hat inzwischen die Variante "Neubau durch die Heege" klar abgelehnt. In einem Schreiben an deren Oberbürgermeister Wittke haben die Gladbecker Grünen dies begrüßt, gleichzeitig aber um die Unterstützung Gelsenkirchens für die stadtverträglichen Anforderungen Gladbecks gebeten.

→ [Infoseiten zur A52](#)

→ [Brief an die Stadt Gelsenk.](#)

→ [Fotos von der „Heege“](#)

Grüne fordern freien Zugang zu A52-Plänen

Am 13. Mai stellte der Landesbetrieb Straßenbau NRW die unterschiedlichen Varianten, die für den Ausbau der A52 geprüft werden, vor. Die Unterlagen wollte die Planer jedoch für Politik und Öffentlichkeit nicht freigeben. Mit Schreiben vom 19. Mai forderten wir mit nachfolgendem Schreiben die Veröffentlichung der Planspiele unter Bezug auf das Informationsfreiheitsgesetz :

„Für die Vorstellung der untersuchten Planungsvarianten der A52 in Gladbeck möchte ich mich nochmals bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern bedanken. Ihre Bereitschaft offen in den Dialog mit der Kommunalverwaltung, dem Kommunalparlament und der Bürgerschaft zu treten, begrüße ich sehr. Dies trägt hoffentlich dazu bei, dass wir trotz der Spannweite an unterschiedlichen Interessenslagen gemeinsam zu tragfähige Kompromisse gelangen.“

Dennoch ist es schwierig, die Fülle der Informationen aus

ihrem Vortrag in der Kürze der Zeit so zu erfassen, dass eine verantwortungsbewusste Bewertung ermöglicht wird. Bereits nach den Ausschussberatungen vor knapp einem Jahr, bat ich Sie daher, mir die Unterlagen, die Sie in der öffentlichen Sitzung präsentiert hatten, zur Verfügung zu stellen. Damals lehnten Sie diese Bitte mit dem Hinweis auf das laufende Planungsverfahren ab. Und auch den Zugang zu den aktuell vorgestellten Planungsuntersuchungen lehnten Sie bedauerlicher Weise zunächst während der Ausschusssitzung am 13. Mai ab.

Dennoch möchte ich meine Bitte wiederholen, den Fraktionen, der Verwaltung und ggf. der interessierten Öffentlichkeit die Präsentationsunterlagen, die Sie während der öffentlichen Ausschusssitzung erläutert haben, zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich ist mir bewusst, dass es sich hierbei lediglich um Entwürfe und Zwischenergebnisse handelt. Dies haben sowohl Sie als auch Herr Pauly mehrfach deutlich gemacht. Dennoch besteht an den Grundzügen der Planungsvarianten, auf die

Sie sich festgelegt haben, ein hohes öffentliches Interesse. Meine Fraktion hat wie bereits nach der letzten Sitzung am 26.06.2003 den Versuch unternommen, die Ergebnisse Ihres Vortrages in einem kurzen Protokoll festzuhalten. Die Stichpunkte können Sie auf unseren Internetseiten abrufen. Mit einer kooperativen Informationsbereitschaft würden Sie eventuellen Missverständnisse ausräumen und den Entscheidungsträgern eine verlässlichere Bewertungsbasis bieten. Behördliche Entscheidungsbildungsprozesse würden durch die Freigabe der Präsentation keineswegs gefährdet, da diese bereits Bestandteil einer öffentlichen Beratung und Grundlage einer parlamentarischen Beschlussfassung waren.

Ich würde mich daher freuen, wenn Sie Ihre Haltung bezüglich der Informationsfreigabe überdenken. Ich bekräftige meinen Wunsch mit Bezug auf das Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen [...]

→ [weiter lesen im Netz](#)



Welche Planspiele verfolgt der Landesbetrieb für den Ausbau der A52? Wir fordern Zugang zu den Informationen!

„Zu einer lebendigen Demokratie gehört die Teilhabe an Wissen!“

„The Day After Tomorrow“

Zum weltweiten Kinostart des Katastrophenfilms „The Day After Tomorrow“ erklärt Winfried Hermann, umweltpolitischer Sprecher:

In dem Film wird die Welt durch einen plötzlichen Klimawandel verheert. Auch wenn die gezeigten Phänomene in der Realität niemals so schnell und plötzlich auftreten werden, macht „The Day After Tomorrow“ doch klar: Klimaschutz ist kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern zentrale Zukunftsaufgabe.

Wie im Film, in dem die Menschheit alle Warnungen vor dem Klimawandel in den Wind geschlagen hat, haben viele noch immer nicht die absolute Notwendigkeit von Klimaschutz erkannt. In den USA ist es Georg W. Bush, hier in Deutschland sind es Frau Merkel und Herr Stoiber, die mit unser aller Zukunft spielen und wichtige Maßnahmen für Klimaschutz blockieren, so Stephan Schilling, Sprecher der GRÜNEN JUGEND. Klimaschutz gehört in grüne Hände. Die rot-grüne Bundesregierung

muss ihren Kurs für mehr Klimaschutz auch gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Wichtigste Maßnahme in diesem Jahr ist eine konsequente Weiterführung der Ökosteuer.

→ [Informationen des Bundesumweltministeriums](#)

→ [pdf-Faltblatt zu dem Film](#)

→ [Interview mit Jürgen Trittin](#)

→ [offizielle Seite zum Film](#)



Joschka Fischer im Gespräch mit Regisseur Roland Emmerich („The Day After Tomorrow“)

Zuwanderungsgesetz ist auf dem Weg !

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Ergebnisse der Konsensgespräche des Bundeskanzlers zum Zuwanderungsgesetz vom 25. Mai.

Der Bundeskanzler hatte den Parteispitzen von CDU/CSU und FDP einen neun Punkte umfassenden Kompromiss zu Zuwanderungsgesetz angeboten. Diesen Vorschlag hatte er zuvor mit den Vorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erarbeitet.

Dieser nunmehr mit der Opposition vereinbarte Kompromiss betrifft **drei Regelungsbereiche** des Zuwanderungsgesetzes:

1. Integration

Die Union wollte eine Integrationsförderung nach Kassenlage einführen. Dem wird nicht gefolgt. Stattdessen kehren wir – wie von Bündnis 90/Die Grünen immer gefordert – zurück zum Integrationsmodell des ursprünglichen rot-grünen Zuwanderungsgesetzentwurfes. Alle NeuzuwanderInnen erhalten demnach einen Rechtsanspruch für Integrationskurse, in denen sie die für eine Aufenthaltsverfestigung erforderlichen ausreichenden Deutschkenntnisse erwerben können und die ihnen helfen sollen, sich in der deutschen Gesellschaft zu orientieren. Die Kosten der Integrationskurse übernimmt der Bund. Eine Beteiligung der Zuwanderer ist möglich, darf deren wirtschaftliche Möglichkeiten aber nicht überfordern.

2. Flüchtlingsrecht

Nichtstaatlich bzw. geschlechtsspezifisch Verfolgte werden als GFK-Flüchtlinge anerkannt. Die Union hatte demgegenüber die Verfolgung von Frauen noch bis in die letzten Runden des Vermittlungsverfahrens nicht als eigenständigen Asylgrund anerkennen

wollen. Der Formulierungsvorschlag zu geschlechtsspezifischer Verfolgung und die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung bedeutet in der Asylpraxis dieses Landes einen seit langem nötigen Schritt nach vorn und eine Beendigung der Isolation Deutschlands in Europa. Damit wird endlich eine Schutzlücke geschlossen, auf die Flüchtlingsverbände, die Kirchen, die Süßmuth-Kommission und allen voran der UNHCR seit Jahren hingewiesen haben.

3. Sicherheit

■ Wir werden den rot-grünen Vorschlag umsetzen und eine Abschiebungsanordnung einführen. So können Personen, die aufgrund einer tatsächengestützten und gerichtlich überprüfbaren Gefahrenprognose leichter ausgewiesen werden, wenn von ihnen eine terroristische Gefahr oder Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ausgeht.

■ Drohende Folter oder Todesstrafe hindern zurecht Abschiebungen auch von als gefährlich eingestuften Ausländern. Die Union musste auf ihren Vorschlag einer Sicherungshaft jedoch verzichten – sie wäre verfassungswidrig. Es wurde statt dessen vereinbart, im Einzelfall bei Bedarf Kontrollen durch Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizügigkeit bzw. das Verbot, Pre-Paid-Handys zu benutzen, zu ermöglichen.

■ Es soll ermöglicht werden, Personen auszuweisen, die in öffentlichen Hetzreden terroristische Taten in einer Weise billigen, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

■ Es soll einer neuer zwingender Ausweisungsgrund gegen gewerbsmäßig handelnde Schleuser geschaffen werden, die zu einer Mindestfrei-

heitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden sind.

■ Im Rahmen eines Einbürgerungsverfahrens soll ein Antragsteller künftig auch Vorstrafen angeben müssen, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren im Ausland ausgesprochen wurden.

■ Nachdem Rot-Grün bereits im Vermittlungsausschuss eine Regelanfrage des Verfassungsschutzes in Einbürgerungsfragen zugestimmt hatte, soll eine derartige Anfrage nunmehr auch im Rahmen der Erteilung eines Daueraufenthaltsrechtes erfolgen. In diesem Punkt sind wir der Union entgegengekommen.

■ Schließlich erklärte sich Rot-Grün – wie auch schon im Vermittlungsausschuss – dazu bereit, sich auf europäischer Ebene für eine zügige Einrichtung einer sog. visumsrechtlichen Warndatei einzusetzen. Die Union musste somit in einer Vielzahl von Einzelpunkten von ihren Maximalforderungen abrücken. Dies betrifft nicht nur überzogene Sicherheitsfragen, sondern auch eine Vielzahl von Anträgen der Union, die z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz, das Staatsangehörigkeitsrecht, die Abschiebungshaft oder das eigenständige Aufenthaltsrecht für ausländische Ehegatten verschärfen hätten. Diese Anträge sind nun vom Tisch.

Es hat sich gezeigt: Es war richtig und sinnvoll, dass Bündnis 90/Die Grünen Anfang Mai die Gespräche im Vermittlungsausschuss abgebrochen haben. Damit wurde die Verhandlungs- und Verschleppungstaktik der Union durchkreuzt, die Kompromissuche um das Zuwanderungsgesetz durch immer neue, immer abenteuerlichere Forderungen zu hintertreiben.

→ Hintergrund Zuwanderung



„Bunte Republik Deutschland“



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd R. Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Juni

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
07 „Kraft und Energie“, Städtische Galerie	08 „Bürgerinfo, Umbau Horster Straße, Ratssaal	09	10	11	12 „let's dance“-Party im Hotel van der Valk	13 ELE-Triathlon, Stadion EUROPAWAHL
14 Krimi-Dinner, Wesserschloss Wittringen	15 EM-Spiel gegen Niederlande, 20:45 Uhr	16	17 „Der deutsche Widerstand im 3. Reich“, VHS	18	19 EM-Spiel gegen Lettland, 18:00 Uhr	20
21 Umweltausschuss	22 Sozialausschuss	23 „Oldies but Goldies“, Kotton Nie EM-Spiel, 20:45	24 Stadtplanungs- und Bauausschuss	25 „Geschichte des Schützenwesens in Glad.“, Galerie	26	27 Führung über das Industriedenkmal Zeche Zweckel
28 Kulturausschuss Gründach-Vortrag	29 Jugendhilfeausschuss	30 „Untamed Youth“ Oldies, Kotton Nie	01 Wirtschaftsausschuss	02	03 REL Ü40-Party im Hotel van der Valk	04